



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Grünliberale lassen Bonussteuer fallen
Für Rückfragen	Martin Bäumle, Nationalrat + Parteipräsident, +41 79 358 14 85 Roland Fischer, Vize-Fraktionspräsident, +41 79 422 76 60
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	13. Juni 2012

Die Grünliberale Fraktion lehnt Lohnexzesse einzelner Manager klar ab und hat zielführende Lösungen im Aktienrecht unterstützt und massgeblich mitgeprägt. Sie hat aber stets Vorbehalte gegenüber der vorgeschlagenen Bonussteuer geäussert. Im Sinne eines Pfandes in der Hand haben die Grünliberalen diese jedoch in der Frühlingssession noch unterstützt. Mit dem für die Grünliberalen immer angestrebten Zustandekommen eines griffigen indirekten Gegenvorschlages, welche die Forderungen der Minder-Initiative zu 80% übernimmt, ist dieses glp Ziel erreicht. Den Vergütungsexzessen einiger Firmen können die Aktionäre via Vergütungsreglement einen Riegel schieben und die Aktionärsrechte werden in weiteren wesentlichen Punkten gestärkt. Bei der Bonussteuer sind die Grünliberalen hingegen nach einer vertieften Prüfung zum Schluss gekommen, dass sie nicht hält, was sie verspricht.

Im Konzept der Bonussteuer würden Einkommen, die 3 Millionen Franken übersteigen, zusätzlich im Rahmen der Gewinnsteuer beim Unternehmen besteuert und nicht beim Boni-Empfänger. Die sympathisch tönende Bonussteuer ist somit letztendlich ein Etikettenschwindel. Damit würde kein übertriebenes Salär verschwinden. Trotzdem hatten die Grünliberalen sich in der Frühlingssession primär aus taktischen Gründen noch dafür ausgesprochen. Dies hauptsächlich darum, um im Parlament den vernünftigen und griffigen Gegenvorschlag im Aktienrecht zum Durchbruch zu verhelfen und eine Brücke für den Rückzug der Initiative anzubieten. Bereits damals haben sich die Grünliberalen vorbehalten, das Konzept der Bonussteuer nochmals zu überprüfen und endgültig zu entscheiden.

In der Zwischenzeit steht ein verabschiedeter indirekter Gegenvorschlag, der die Aktienrechte stärkt und für den Wirtschaftsstandort Schweiz Klarheit schafft. Er tritt in Kraft, sofern die Minder-Initiative abgelehnt oder zurückgezogen wird und kein Referendum ergriffen wird. 80% der Forderungen der Minder-Initiative wurden im Gesetz übernommen – der Gegenvorschlag ist sogar klar besser als die Initiative und trotzdem nicht schädlich für die Wirtschaft. „Mit dem indirekten Gegenvorschlag und dem Verzicht auf die von den Initianten massiv bekämpften Bonussteuer bauen die Grünliberalen den Initianten eine Brücke für den bedingten Rückzug“, erklärt Parteipräsident Bäumle die Entscheidung der Fraktion. „Der indirekte Gegenentwurf ist eine exzellente Alternative zur Minder-Initiative und bekämpft die unanständige Bereicherung einiger Manager, ohne für sämtliche Schweizer Unternehmen, und somit auch für KMUs, eine neue Steuer einzuführen“, betont Vize-Fraktionschef Roland Fischer.